

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Erstausgabe
jeden Sonntag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,50
durch die Post Mk. 1,82 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschem, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 231.

Sonntag, den 4. Oktober 1902.

52. Jahrgang.

In die städt. Hochdruckwasserleitung ist vor dem Waisenhaus (Westseite) und vor dem Hause
Erd.-Berl.-Cat. Nr. 10 Abth. B, Logenstraße 1, je ein **Unterflurhydrant**, ferner vor dem Grund-
stücke Erd.-Berl.-Cat. Nr. 23 Abth. B, Am Bahnhof 3, ein **Oberflurhydrant** eingebaut worden.

Stadtrath Hohenstein-Ernstthal, den 2. Oktober 1902.

Dr. Köster, Bürgermeister.

Nr.

Bürger- und 1. Bezirksschule

Hohenstein-Ernstthal.

Die Weihe unserer neuen Turnhalle, verbunden mit Einführung der neuen
Lehrer in ihre Aemter, findet

Montag, den 6. Oktober,

nicht wie ursprünglich bestimmt Vormittag um 10 Uhr, sondern Nachmittags um 2 Uhr statt.

Hohenstein-Ernstthal, 3. Oktober 1902.

Schuldir. Dieke.

Schluss der Verhandlungen in der Zolltarifkommission.

Berlin, 2. Oktober.

In der heutigen 110. Sitzung der Zolltarif-
kommission ist es endlich gelungen, den gesamten
ihre überwiesenen gewaltigen Beratungsstoff zum Ab-
schluss zu bringen. Die Gegenstände zwischen Regierung
und Mehrheitspartei haben sich in den letzten Tagen
jedoch nicht vermindert, sondern im Gegenteil noch
vermehrt. Auch heute wurde ein neuer Differenzpunkt
geschaffen.

Zunächst wurden die Beschlüsse erster Lesung
zum Tarifgesetz durchweg beibehalten. Am längsten
wurde über den von der Kommission neu eingefügten
§ 10a debattiert, der die Aushebung des städtischen
Droits auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere
Mühlensabfälle, auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleisch-
waren und Fett nach Inkrafttreten des Zolltarifs
festlegt. Die Nationalliberalen wollten diesen Beschluss
durch eine entsprechende Resolution ersetzt wissen. Der
bayerische Ministerialdirektor von Geiger erklärte,
Bavarn, Württemberg, Sachsen und die Thüringischen
Staaten seien gegen § 10a, der eine Aenderung der
Verfassung enthalte. Das Brot sei in vielen Städten
ohne Droit theurer als in Städten mit Droit. Er
bitte dringend, den § 10a zu streichen. Die Bestimmung
wurde indes unverändert aufrecht erhalten.

Später kam der Antrag Dr. Heim (Centr.), be-
treffend Verwendung der Ueberflüsse aus den Lebens-
mittelpreisen zur Waisen- und Waisenernährung, zur
Verhandlung. Hierzu erklärte Reichshofsekretär
Frhr. v. Thielmann: Das Defizit des nächsten Jah-
res werde sich auf mehr denn 150 Millionen belaufen.
Seine Schätzung sei ziemlich richtig; an diesem Defizit
sei nichts mehr zu ändern, da es aus Ursachen her-
rühre, die festliegen, wie die Steigerung geistlich fest-
stehender Ausgaben. Die Folgen des gestellten An-
trages seien gar nicht zu übersehen; deshalb empfehle
er Ablehnung desselben. — Abg. Ledebour befürwortet
den Antrag, will ihn aber zwingender fassen. Wer
wisse denn, wie lange Graf Bülow noch am Ruder
bleibe. Es sei doch möglich, dass Boddieleski bald sein
Nachfolger werde. (Seiterkeit.) Gewiss, meine Herren,
ein Minister, der für seinen Bauch so viel Rücksicht
verlange wie Boddieleski, ist unter allen Generalen,
die Anwartschaft haben, Reichskanzler zu werden,
zweifellos am ehesten dran. (Erneute Seiterkeit.) Nach
Rücksprache mit seinen Nachbarn erklärt Vorsitzender
Reitlich, dass die Bezugnahme des Abg. Ledebour auf
den Bauch des Herrn v. Boddieleski in dem Zusam-
menhange, wie sie geschähen sei, nicht gebildet werden
dürfe. Er müsse sie ausdrücklich als unzulässig er-
klären. (Gehefter Widerspruch links.) Abg. Ledebour:
Sie haben wohl nicht verstanden, Herr Reitlich, dass
ich Bezug genommen habe auf eine Aeußerung Boddieleski's,
freilich ohne den rohen Ausdruck zu wieder-
holen, den dieser gebraucht hat. Vorh. Reitlich: Ich
weiß nicht, was Sie mit dem Bauche meinen. (Seiterkeit.)
Abg. Ledebour: Dann sind Sie wohl durch
die Verwaltung des Vorsitzes zu sehr in Anspruch
genommen, um Zeitungen lesen zu können. — Vorh.
Reitlich: Auf Zeitungsnachrichten gebe ich nichts.
(Seiterkeit links.)

Schließlich wird der Centrumsantrag mit 14
Stimmen (8 Centrum, 4 Sozialdemokraten, 1 Pole,
1 Antisemit) gegen 13 Stimmen angenommen. Nach
§ 12, der bestimmt, dass der neue Tarif spätestens
am 1. Januar 1905 in Kraft treten müsse, wird auf-
recht erhalten, trotzdem Graf Posadowsky dringend um
Beseitigung dieser Vorschrift bittet. — Rannmehr dankt
Abg. Spahn (Centr.) dem Vorsitzenden Reitlich für
die Geschäftsführung; dieser dankt den Referenten für
ihre Thätigkeit. Am Montag tritt die Kommission
zur Entgegennahme des Berichtes noch einmal zu-
sammen.

Der Kohlenarbeiterstreik in Nordamerika.

New-York, 30. Sept. In der Kohlenregion
sind neue Unruhen entstanden, so dass weitere Trip-
pen dorthin entkandt wurden. Die hiesigen Wälder
haben wegen der Kohlennoth einen Aufschlag auf Brot
gelegt. Verschiedene elektrische Straßenbahnen werden
durch Pferde befördert. Es werden Volksunruhen
befürchtet. Von den Kängeln fielen gestern vielfach
harte Worte gegen den Kohlenstreik. Verschiedene
Kanzeltredner verlangten die Verstaatlichung der Kohlen-
gruben.

Die Kohlennoth in New-York ist überaus fühl-
bar. Der Einzelpreis der Anthracitkohle beträgt nun-
mehr 18 Dollars für die Tonne gegen vier vor dem
Beginn des Ausstandes. Es wurden Hilfskomitees
gebildet, um den Armen Kohlen zuzuführen. Die
Hospitäler und die Schulen leiden empfindlich unter
der Kohlennoth.

Zum Eintritt des Streikes der Kohlenbergwerk-
leute in die 19. Woche seiner Dauer veröffentlicht die
„World“ eine Anstellung der zufolge die Minenbesitzer
bisher durch den Ausstand einen Schaden von
43,200,000 Doll., die Ausständigen einen solchen von
24,000,000 Doll. erlitten hätten. Die Verluste der
Eisenbahnen, Kaufleute und anderer in Mitleidenschaft
gezogenen Kreise wird auf 44,820,000 Doll. beziffert.
Am 15. September ist in mehreren Kohlengruben und
auf der Lackawanna-Bahn die Arbeit wieder aufge-
nommen worden, ohne dass Unruhen eingetreten wären.

Ueber den Ausstand ist einem Bericht an die
Londoner „Financial Times“ aus Washington Fol-
gendes zu entnehmen: In letzter Zeit machen die Gruben-
besitzer alle Anstrengungen, um den nicht enden-
wollen Ausstand zum Abschluss zu bringen, oder,
wenn das jetzt noch nicht möglich ist, neue Arbeits-
kräfte anzuwerben. Es haben sich bereits eine Anzahl
von Leuten, namentlich in New-York und anderen großen
Städten, gefunden, die nach Wiedereröffnung der
Gruben die Arbeit aufnehmen würden, auch glaubt
man, aus dem Süden Regier herbeischaffen zu können.
Zum Schutze dieser Ankündigung: ist allerdings ein
starkes militärisches Aufgebot erforderlich, und es wurde
bereits eine Truppe von 7000 Mann in den Gruben-
bezirken vertheilt. Der durch den Ausstand angerich-
tete Schaden ist kaum ermittelbar. Durch das lange
Einhalten der Störungen haben sich die Lagerbestände
fast vollständig gelichtet. So sind z. B. in Baltimore
die für Kochzwecke beliebten kleinen Kustoblen nicht
erhältlich, in New-York, Boston und Philadelphia be-

laufen sich die Vorräthe an solchen nach einer kürzlich
aufgenommenen Statistik auf nicht einmal 1000 Ton-
nen. Die für Heizung verwendeten etwas dickeren
Stücke sind in den genannten Städten überhaupt nicht
zu haben. Meistlich verhält es sich mit großstädtigen
Kohlen, die in Gashöfen, öffentlichen Gebäuden uho.
benutzt werden. Wie es auf den Gruben selbst aus-
sieht, geht aus den Berichten von Ingenieuren hervor,
die kürzlich aus den Bezirken Wilkesbarre, Schuylkill
und Wyoming zurückgekehrt sind. Sie behaupten, dass
in mehr als einem Drittel der Gruben Wasser einge-
brungen sei und viele Monate vergehen würden, ehe
sie unter Zuhilfenahme weiterer Maschinen wieder be-
triebsfähig seien. Die Kohlen selbst haben wenig an
Werkth verloren, doch ist der den Maschinenanlagen
zugefügte Schaden bedeutend, zumal letztere in vielen
Fällen seit Wochen unter Wasser gewesen sind. Auch
die Erneuerung der Holzgerüste, die theilweise weich
und daher leicht der Fäulnis ausgesetzt sind, wird den
Grubengesellschaften bedeutende Kosten verursachen.
Viele ältere Betriebe sind fast gänzlich ertrunken, so
dass kaum der Versuch gemacht werden dürfte, sie wie-
der auszupumpen. Nach all diesem lässt sich wohl
darüber schließen, dass es kaum möglich sein wird, je-
nals den angerichteten Schaden zu ermesen, sicher
aber ist, dass die Abnehmer einen guten Theil des
Verlustes zu tragen haben. Die jetzigen Kohlenpreise
steigen etwa 40 bis 75 Prozent höher als zur gleichen
Zeit des Vorjahres, doch ist ziemlich gewiss, dass die
Preise noch weiter in die Höhe gehen werden. Be-
kannlich handelt es sich bei dem Ausstande in erster
Linie um die Lohnfrage, sodann aber auch um die
Anerkennung des Verbandes der Arbeiter. Diesen
Forderungen sehen die Besitzer einen energischen Wider-
stand entgegen; sie wissen nur zu gut, dass, wenn die
Arbeiterpartei Sieger bleibt, schon im nächsten Jahre
ein neuer Versuch, die Grundfrage der Lohnberech-
nung zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, ge-
macht werden wird. Wahrscheinlich wäre aber der
Ausstand schon längst beendet, wenn die Entscheidung
bei den Arbeitern und nicht in der Hand des Präsi-
denten ihres Verbandes, Mitchell, läge. Letzterer gilt
als der geschickteste Arbeiterführer, den die Vereinigten
Staaten je gesehen haben, ihm schenkt der 300,000
Mann starke Verband unbedingtes Vertrauen.

Festzuhalten ist, dass bei dem erbitterten Ringen
die wirtschaftlichen Forderungen nur die untergeordnete
Rolle eines Mittels zum Zwecke bilden, während der
Zweck selbst eine Kraftprobe zwischen zwei mächtigen
Organisationen ist, dem Kohlenstreik und der Arbeiter-
union. Die Arbeiterunion strebt schon seit Jahren
mit zäher Ausdauer der Erreichung des Bieles zu,
von den Trustmagdaten in aller Form als „gleichbe-
rechtigte, kriegsführende Macht“ anerkannt zu werden,
mit der die Trusts ordnungsmäßig zu verhandeln
haben. Das Ansehen der Union in Arbeiterkreisen ist
nahezu unbeschrankt; die Arbeitermassen bringen ihr
einen fast widerprüchlosen Gehorsam entgegen, und
die Disziplin, die bei der Ausführung der von der
Centralleitung gegebenen „Befehle“ zur Schau getragen
wird, muß in ihrer Art Bewunderung erwecken. Erst
im Vorjahre hatte die Union einen ähnlichen unfaß-
lichen Angriff auf die Trusts zur Befestigung ihres
Einflusses unternommen in Gestalt des Stahlarbeiter-
ausstandes, der auch im größten Stille angelegt war,
aber schließlich mit dem Rückzuge der Arbeiterschaft
endete. Daß man hier thatsächlich nur von einem
Rückzuge und nicht von einer eigentlichen Niederlage
sprechen kann, beweist die ungebrochene Kraft, mit der
die Union schon jetzt wieder nach nur einjähriger Pause
einen erneuten Vorstoß ausführt. Genau wie damals
passen sich auch jetzt die Arbeitermassen mit machinen-
mäßiger Pünktlichkeit dem von der Union aufgestellten
Kriegsplane an, und Lie von dem Präsidenten der
Union ausgegebene Streifordere an die verschiedenen
Gruppen der Kohlenarbeiter (Gräber, Maschinenisten,
Feizer, Pumpenleute) ist strikt befolgt worden.

Als letztes Mittel, dem Streik der Kohlengräber
in Pennsylvania ein Ende zu machen und ähnlichen,
das gesamte Gewerbsleben lahm legenden Streiks
vorzubeugen, wird die Einsetzung von Schiedsgerichten,
deren Entscheidung die Kraft eines gesetzlichen Gebots
Planes ist, empfohlen. Es fügt sich zufällig, daß der
Gouverneur von Pennsylvania ein Anhänger dieses
Planes ist. Der Gouverneur hatte schon vor einigen
Jahren einen Gesetzesvorschlag für Zwangs-Schieds-

gerichte ausgearbeitet, doch da er die Unterstützung
weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer dabei
fand, ließ er die Angelegenheit fallen. Jetzt will er,
wie es sein Recht ist, die Staatslegislatur zu einer
außerordentlichen Sitzung berufen, deren ausschließliche
Aufgabe das gesetzliche Eingreifen in den Kohlenstreik
sein soll. Sein neuer Gesetzesentwurf beruht auf dem
allgemeinen Gedanken, daß die Rechte der Gesammtheit
als über den Rechten der streitenden Parteien an-
gesehen werden müßten. Die Bestimmungen bezüglich
des Zwangs, daß beide Parteien sich den schiedsgerich-
tlich festgesetzten Ausgleichsbedingungen fügen müßten,
sind den in Australien geltenden schiedsgerichtlichen
Vorschriften nachgebildet. Wenigstens nun der Gou-
verneur versichert, daß sein Gesetzesvorschlag nach jeder
Richtung hin so vorsichtig ausgearbeitet sei, daß er
allen verfassungsmäßigen Einwänden die Spitze bieten
könnte, so ist man doch von der Unmöglichkeit, in den
Vereinigten Staaten das australische Schiedsgerichts-
wesen einzuführen, fast allgemein überzeugt. Auch
streben die Parteien selbst, besonders die Arbeitgeber,
dem Plane feindlich gegenüber. Diese schroff abwei-
chende Haltung der vereinigten Anthracitkohlengruben-
und Kohlenbahnen-Präsidenten hat die Sympathien
des Publikums vielfach den Streikern zugewandt.
Namentlich hat eine Erklärung des Präsidenten der
Philadelphia and Reading und der Central Railroad
of New-Jersey, Herrn Baer, großen Anstoß erregt. Herr
Baer hat erklärt, jegliche Einmischung dritter Parteien
müsse zurückgewiesen werden, denn die Kohlengruben-
besitzer seien Gott allein in der Verwaltung ihres
Eigentums verantwortlich, sobald auch niemand da-
gegen etwas einwenden dürfe, wofür sie es für rich-
tig hielten, überhaupt keine Anthracitkohlen mehr för-
dern zu lassen. Wenn man bedenkt, daß sämtliche
Anthracitkohlengruben sich im Besitz des Kohlen- und
Kohlenbahn-Trusts befinden, das Publikum also auf
diese Anthracitkohlen, die unerlässlich sind, angewiesen
ist, so ist das von Herrn Baer beanspruchte Gottes-
gnadenthum in der That ein starker Tabak. Rein
Wunder, daß auch sonst recht konservative Leute unter
Betonung der Thatsache, daß der Besitz der Kohlen-
gruben und Eisenbahnen auf vom Volke durch die
Legislatur gewährte Konzessionen beruht, den Gedanken
einer Enteignung der Grubengesellschaften nicht von
sich weisen. Dazu wird es freilich nicht kommen, denn
niemand kann sagen, welches Ende dieser jetzt 19
Wochen währende Streik nehmen wird. Die 150,000
Streiker harren aus. Die Unterstützungen, die ihnen
von allen Arbeiterorganisationen des Landes zugehen,
sind genügend und werden auch nicht vermindert wer-
den, selbst wenn die Kohlennoth sich zu einem National-
unglück gestaltet.

Was sich jetzt im „Land der Freiheit“ abspielt,
darauf auch auf den Namen eines weltgeschichtlichen
Entwicklungsprozesses Anspruch erheben. Die Er-
wägung, daß auch eine Diktatur der Arbeiterunion
nichts Verlockendes an sich hat, tritt bei dem ameri-
kanischen Publikum zunächst völlig zurück angesichts der
thatsächlich ganz unerträglich gewordenen Zwangsherr-
schaft der Trusts, deren Befestigung mit einer wahren
Zandruist von der großen Masse des Volkes ersehnt
wird. Dieser Kampf weist, wie alles in Amerika,
dem Lande des Grotesken, riesenhafte Umrisse auf, die
sich mit unseren kontinentalen Verhältnissen nicht ver-
gleichen und mit den bei uns landläufigen sozialen
Maßstäben nicht messen lassen. Er birgt Konflikte
von solchem gewaltigen Umfange und solcher zerstören-
den Kraft in seinem Schoße, daß die bestehende staat-
liche Ordnung in der transatlantischen Republik ernst-
lich dadurch bedroht erscheint. Schon die politischen
Gegensätze in den Vereinigten Staaten sind äußerst
schroff. Der alte Haß zwischen Süden und Norden,
der in der Frage seine Wurzel hat, besteht noch
heute fort und wenn nun hierzu noch infolge der
Mishandlung der Trusts der soziale Zwist in unge-
mildertester Schärfe tritt, so ist die von guten Kennern
von Land und Leuten bereits früher in Aussicht ge-
stellte Möglichkeit des Zerfallens der Union in verschie-
dene kleinere selbstständige Staatengebilde in absehbarer
Zeit keineswegs bloß als Chimäre zu bemerken. Die
Wahrscheinlichkeit eines solchen Ausganges wird im
Gegentheil um so größer, je weniger die Amerikaner
sich dazu aufraffen können, ihrer geradezu jämmerlich
schwachen Bundescentralgewalt einen festen, verfassungs-